

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Quartal 2,00 RM. Einzelhefte 1,00 RM. wöchentlich 10 Pf. Alle Postbestellungen, Postämter und Buchhandlungen sind zu jeder Zeit zu bedienen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Postfach 10. Telefon 101. Abbestellungen sind zu jeder Zeit zu machen. Die Redaktion ist für die Abbestellungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Abbestellungen nicht verantwortlich.



Abbestellungspreis: Die Abbestellungspreis beträgt 20 Pf. pro Woche, die Abbestellungspreis beträgt 20 Pf. pro Woche, die Abbestellungspreis beträgt 20 Pf. pro Woche. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Abbestellungen nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 115 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 19. Mai 1932

Das Reichskabinett in Schwierigkeiten.

Fernwirkungen.

Die liebe, strahlende Sonne der Pfingsttage hat doch so etwas wie ein Wunder zustande gebracht: Obwohl unter ihrem Schein die Massen der Städte hinausströmten in die Natur und man dort schwer ein einsames Plätzchen finden konnte, sondern eigentlich nur Menschenhaufen sah, ist es doch wunderbar zu wenigen politischen Auseinandersetzungen der landesüblichen Art gekommen. Und dies Wunder geschah, obwohl eine ganze Anzahl schwerster parteipolitischer Konflikte unmittelbar vorausgegangen war und die politische Atmosphäre noch stickiger, undurchsichtiger und daher gefährlicher gemacht hatte.

Ein Rätselraten in dieser Atmosphäre ist vielleicht reizvoll, aber, — „bring's auch Gewinn?“, wie man mit einer leichten Abänderung eines „schülerhaften“ Auspruchs im „Ostereispaßgang“ fragen darf. Das Rätselraten im „Ostereispaßgang“ — wo der Wirtschaftsminister ganz und der Reichswehrminister sozusagen zur Hälfte fehlen — hat nur kurze oder vielmehr gar keine Pfingstferien gemacht und sich schon am Dienstag wieder in die Endberatung des Haushalts, in die Arbeitsbeschaffungspläne und deren Finanzierung geflüchtet. Dazu kam noch als nicht minder wichtiger Beratungsstoff die andere Finanzierung der gesamten Erwerbslostenfürsorge, und die Festsetzung der früheren Reichspreiskommissionen Dr. Goerdeler an der Kabinettsitzung kann vielleicht darauf schließen lassen, daß er — „halb zog man ihn, halb sank Schlieffen lassen, daß er —“ — den leergewordenen Sessel des Reichswirtschaftsministers einnehmen wird. Die sachlichen Arbeiten im Kabinett selbst und um es herum schärfer denn je betrachtet und — kritisiert werden. Hier ist das Augenmerk weit stärker auf die personelle Entwicklung in der Reichsregierung gerichtet. Daß man sich dabei im Kabinett auch hinsichtlich einiger anderer Mitglieder des Kabinetts übt, ist um so verständlicher, als ja im Reichstag der Kampf um sie nicht ausgetragen wurde, sondern einer peinlich wirkenden Verlegung anheimgefallen ist. Das hat natürlich seine „Fernwirkung“ insofern nicht verloren, als die parlamentarische „Verordnung“ — die Mißtrauensanträge gegen verschiedene Kabinettsmitglieder — an und für sich bestehen bleibt und daher von Einfluß auf die derzeitigen Bemühungen Dr. Brüning's ist, die personelle Seite der unstreitig vorhandenen Regierungskrise in Angriff zu nehmen neben der sachlichen Beratung aller vordringlichen Tagesfragen. Schließlich rückt doch auch der Zeitpunkt immer näher, an dem der neue gewählte Preussische Landtag zusammentritt und dann aus seinem Schoße allerhand politische und für die Reichsregierung nicht ganz unwichtige Ereignisse hervorgehen können. Besonders da es dort wieder zu keinerlei Klärung in politischer Hinsicht gekommen zu sein scheint.

„Fernwirkungen“ über das Pfingstfest hinweg haben auch die letzten peinlichen Vorgänge im Reichstag, genauer gesagt: ihre unmittelbaren Folgen ausgeübt. Über das Nachspiel, das im Reichstag durch das Einrücken der Schupo unter persönlicher Leitung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weis vor sich ging, sind deutsche Stimmen der Kritik z. B. auch in jenen Kreisen laut geworden, die politisch hinter der Regierung stehen. Auch das Verhalten des Reichstagspräsidenten selbst fand hier keineswegs allgemeine Billigung; vielleicht hätte er doch auch ohne das Eingreifen der Schupo zu dem Ziel kommen können, die wegen des Überfalls im Reichstagsrestaurant und in der Bandenhalle beschuldigten Abgeordneten ihrer Vernehmung zuzuführen. Dieses Nachspiel aber hat nun noch einen zweiten Akt erhalten durch ebenfalls recht peinliche und vor aller Öffentlichkeit geführte Auseinandersetzungen zwischen der Leitung der Berliner Polizei und dem Direktor des Reichstages. Ihm wurde von der anderen Seite vorgeworfen, daß seine Beamten bei der Feststellung der beschuldigten Abgeordneten „verjagt“ hätten und daher das Erscheinen der Schupo notwendig gewesen wäre. Außerdem haben sich — als dritter und noch bevorstehender Akt — einige persönliche Beleidigungssagen zwischen Dr. Weis und verschiedenen Nationalsozialisten, und umgekehrt, entwickelt, was auch nur wieder die augenscheinliche politische Atmosphäre scharf charakterisiert, in der sich Sachliches und Persönliches kaum oder gar nicht mehr trennen lassen. Man könnte es sich anders wünschen! Und mit beruhigenden Dementiverträgen macht man die Atmosphäre höchstens noch unerquicklicher und gefährlicher.

Die Krisenstimmung im Reichskabinett

Entscheidung erst Anfang Juni.

Zu den Pressemeldungen über eine Krise im Reichskabinett bzw. eine baldige Umbildung des

Kabinetts wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, in den nächsten Tagen werde der Reichskanzler die Besprechungen mit Herrn von Schleicher und Dr. Goerdeler fortsetzen. Personelle Angelegenheiten sind mit ihnen bisher nicht besprochen worden. Im Vordergrund der Arbeiten des Reichskabinetts stehen jetzt nicht die personellen, sondern die sachlichen Fragen (Haushalts- und sozialpolitische Fragen wie Arbeitslosen-, Siedlungs- und Arbeitsdienstfragen). Erst nach Abschluß dieser Arbeiten wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstatten, wobei natürlich auch die Personalfragen erledigt werden sollen. Da der Reichspräsident bis Ende des Monats in Reudel bleiben wird und der Reichskanzler persönlich voraussichtlich nicht nach Reudel fahren wird, so ist anzunehmen, daß der Vortrag Dr. Brüning's beim Reichspräsidenten erst in Berlin, also möglicherweise erst Anfang Juni erfolgen wird. Falls die Arbeiten der Reichsregierung schon früher beendet sein sollten, werde möglicherweise eine maßgebende Persönlichkeit nach Reudel fahren, um dem Reichspräsidenten Vortrag zu halten.

Grundsätzliche Einigung?

Berlin, 19. Mai. Wie die „D.A.Z.“ aus der Reichsregierung nachstehenden Kreisen erzählt, soll es bei den Kabinettsbesprechungen am Mittwoch gelungen sein, über die Finanzierung, die bisher unlösliche Schwierigkeiten bereitet hatte, eine grundsätzliche Einigung herbeizuführen. Es werde allerdings zugegeben, daß einige Differenzpunkte noch offen blieben, die in den nächsten Tagen bereinigt werden sollen. Der überragende Fortschritt vom Mittwoch werde vor allem auf zwei Ecksprechungen zurückgeführt, die Mittwoch nachmittag stattgefunden haben. Worin die erzielte Einigung bestehe, werde natürlich von den amtlichen Stellen vorläufig nicht gesagt. Es liege aber nahe, sie auf der Linie zu suchen, die bereits durch die Vorschläge der Gewerkschaften bekannt geworden sei: Ausdehnung der Arbeitslosen- und Arbeitsbeschaffung der Bürgersteuer. Das würde im wesentlichen eine Hilfe für die Gemeinden bedeuten, denen dafür vermutlich die Verpflichtung auferlegt werden dürfte, für längere reibungslose Abwicklung ihrer Arbeitsbeschaffungen zu sorgen. Die Ressort-

arbeiten zur Ausführung der im Kabinett vereinbarten Grundsätze würden noch eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen. Nach anderen Informationen ist, wie die „D.A.Z.“ weiter berichtet, die am Mittwoch erzielte Einigung überhaupt nur auf einen Teil der zur Debatte stehenden Fragen beschränkt geblieben. Ueber die anderen Fragen werde weiter verhandelt. Der Fortschritt vom Mittwoch hat danach nur den Charakter eines grundsätzlichen Kompromisses, von dem aus man zu einer Lösung der Gesamtfragen zu gelangen hoffe. Dem Vernehmen nach seien auch Besprechungen Dr. Brüning's mit Vertretern der Arbeitgeber und des Handwerks vorgefallen.

Antrag auf Einberufung des Reichstages abgelehnt.

Opposition will Staatsgerichtshof anrufen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte den Antrag gestellt, den Reichstag zur Erledigung der noch ausstehenden Abstimmungen über die Mißtrauensanträge und so weiter für Donnerstag, den 19. d. M., einzuberufen. Der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde jetzt vom Reichstagsbüro mitgeteilt, daß nach dessen Berechnungen hinter diesem Antrag nicht das für die Einberufung erforderliche Drittel der Zahl aller Reichstagsabgeordneten stehe, so daß der Antrag als abgelehnt gelten müsse. Für die Ablehnung des Antrages auf Einberufung des Reichstages zum 19. Mai war in erster Linie die vom Reichstag schon in der letzten Altstufenratssitzung vertretene Ansicht maßgebend, daß das von den Oppositionsparteien angeführte bekannte Urteil des Staatsgerichtshofes sich nur auf Preußen bezieht und dementsprechend für den Reichstag nicht bindend sein kann.

Die Parteien der Opposition dürften den Staatsgerichtshof anrufen, um durch diesen einen endgültigen Entscheid über die schon seit langem umstrittene Frage herbeizuführen, ob ein Drittel der Reichstagsmitglieder den Zusammentritt des Reichstages verlangen kann oder nicht.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist vom Vorsitzenden, dem Abgeordneten Fried (Nat.-Soz.), für Dienstag, den 24. Mai, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Reichskanzlers und Reichsaußenministers über die Genfer Verhandlungen, Tribute, ausländische Schulden, Abrüstung, Memelland und Danzig.

Abrüstungskonferenz auf totem Gleise.

Frankreich sabotiert weiter.

Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz sind in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Die zahlreichen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz beschäftigen sich gegenwärtig noch immer mit der Frage der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen. Diese Verhandlungen sind bisher wenig erfolgreich verlaufen, da auf französischer Seite gerade die schweren Angriffswaffen als Verteidigungsmittel hingestellt werden und damit der englisch-amerikanische Versuch, zu einem allgemeinen Verbot der Angriffswaffen zu gelangen, planmäßig sabotiert wird.

Die Gleichberechtigung Deutschlands in Genf abgelehnt.

Im Luftfahrt-Ausschuss der Abrüstungskonferenz kam es völlig unerwartet zu einer großen politischen Aussprache über die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages.

Die Aussprache wurde hervorgerufen durch eine ungewöhnlich scharfe, rein den französischen Standpunkt vertretende Erklärung des belgischen Senators Vroeder, der jetzt übrigens von französischer Seite als Nachfolger Albert Thomass auf dem Direktorposten des Internationalen Arbeitsamtes genannt wird. Vroedere lehnte in seiner Erklärung scharf den Vorschlag des deutschen Vertreters ab, die völlige

Abschaffung der Militärluftfahrt als Verhandlungsgrundlage

zu nehmen. Ministerialdirektor Brandenburg hatte u. a. darauf verwiesen, daß Deutschland mangels jeglicher Luftabwehr die Luftwaffe in jeder Form als eine äußerst gefährliche Angriffswaffe betrachte und daher die gänzliche Beseitigung der Militärluftfahrt fordern müsse.

Der belgische Vertreter erklärte, der deutsche Vorschlag werfe die Frage der Gleichberechtigung und der Gleichstellung der Nationen auf, die als eine rein politische Frage im Ausschuss nicht behandelt werden könne. Der Ausschuss dürfe sich unter keinen Umständen auf den deutschen Standpunkt stellen, daß die im Versailler Vertrag verbotenen Waffen Deutschland als aus-

gesprochene Angriffswaffen verboten worden seien.

Der französische Luftfahrtminister Duménil erklärte, daß die französische Abordnung sich völlig auf den von Vroedere vertretenen Standpunkt stelle. Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages seien eine rein politische Frage, die vom Luftfahrt-Ausschuss nicht behandelt werden dürfe.

Ministerialdirektor Brandenburg verwarf die sich in deutscher Sprache in einer scharfen Erklärung dagegen, daß politische Fragen, insbesondere die Frage der Gleichberechtigung, von deutscher Seite in diesem Ausschuss aufgeworfen seien und die Verhandlungen von seiten der deutschen Abordnung einen politischen Charakter erhalten hätten. Er verlas die Einleitung zum Teil V des Versailler Vertrages, in der bekanntlich die

Entwaffnung Deutschlands als der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung

erklärt wird, und betonte, daß der Angriffscharakter der Militärluftfahrt deutlich aus der Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Regierung vom 16. Juni 1919 hervorgehe.

Die Abschaffung der deutschen Militärluftfahrt wurde damit begründet, daß hierdurch alle kriegerischen Angriffsmöglichkeiten unmöglich gemacht werden sollten. Hier bestehe ein unmittelbarer Zusammenhang mit der dem Luftfahrt-Ausschuss gestellten Aufgabe der Begriffsbestimmung, welche Luftfahrzeuge einen besonderen Angriffscharakter hätten und bedrohlich für die Zivilbevölkerung und die nationale Verteidigung wäre. Es könne kein Zweifel bestehen, daß die gesamte militärische Luftfahrt unter diesen Gesichtspunkt falle.

Die Vertreter von Sowjetrußland, Holland und Ungarn schlossen sich den Ausführungen des deutschen Vertreters an.

Der Antrag der deutschen Abordnung auf ein völliges Verbot der gesamten militärischen Luftfahrt wurde mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Für den deutschen Antrag stimmten außer den Antragstellern Österreich, Ungarn, Sowjetrußland, die Türkei und China.

Die Verhandlungen im Luftfahrt-Ausschuss haben durch den französisch-belgischen Vorkiss eine rein politische Rich-